Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 48 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4 n; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Rückverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 28 — Mittwoch, 3. Februar 1937 — 45. Jahrgang

Schwere Streikunruhen in USA.

Kampf um die Fabriken – Die Hinrichtungen in Moskau – Wachsende Geburtenziffern in Deutschland

Cots Kanonenflugzeuge

Armee und Politik in Frankreich – Vor einer erregten Kammersitzung

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 2. Februar

Die französische Kammer hat heute wieder einmal einen großen Tag. Die Aussprache über die nationale Verteidigung, die am vergangenen Freitag unterbrochen wurde, wird nämlich heute vormittag wieder fortgesetzt und soll unter allen Umständen noch heute beendet werden. Darüber wird es aber späte Nacht werden, zumal sich einige Zwischenfälle ankündigen. Unter den Rednern zur Tagesordnung will der Abgeordnete Pharnegaray den Zwischenfall der zwei Devoitine-Kanonenflugzeuge, die an die Roten in Spanien geliefert wurden, wieder aufgreifen, ein Zwischenfall, der gerade in der letzten Woche einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem rechtsstehenden Abgeordneten De Kerillis und dem Luftfahrtminister Cot hervorgerufen hatte. Dazu liegt heute

ein offener Brief De Kerillis an Cot

vor, worin De Kerillis die Aufhebung seiner Immunität beantragt, da das Verhalten der Volksfrontpresse es ihm unmöglich mache, den vom Luftfahrtminister ausgesprochenen Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung wegen Verbreitung falscher Nachrichten hinzunehmen. In diesem Brief wiederholt De Kerillis alle seine alten Beschuldigungen und wirft dem Minister erneut vor, daß er genau gewußt habe, um welche Maschinen es sich handele, und wenn er sich darauf berufen habe, es sei ein besonderer Spezialtyp gewesen, so gehe es nicht um einzelne Typen, sondern es gehe darum, ob überhaupt an die Roten in Spanien die Maschinen geliefert worden seien oder nicht. So wird heute vormittag wohl der Luftfahrtminister Cot noch das Wort ergreifen, während die erwartete große Rede des Kriegsministers Daladier zur nationalen Verteidigung erst heute nachmittag oder heute abend stattfinden wird. Vor Abschluß der Rednerliste wird auch noch Ministerpräsident Blum das Wort ergreifen. Gestern fanden schon Besprechungen statt, die der

Regierung, die heute die Vertrauensfrage stellen will,

eine große Mehrheit sichern sollen. Angeblich sind auch die Kommunisten bereit, in den Militärfragen für die Regierung zu stimmen. Das „Echo de Paris" veröffentlicht zu der heutigen Kammersitzung, besonders zu der Rede Daladiers, noch einen Brief des früheren Divisionsgenerals Daladiers, Savatier, worin dieser seinen früheren Leutnant, der heute Kriegsminister ist, darauf aufmerksam macht, daß durch die Zeitungen die Meldung gegangen sei,

„nun solle ein neuer Wind in der Armee wehen",

das heiße, daß in der französischen Armee die Politik eingeführt werden solle. Der General wendet sich mit sehr scharfen Worten gegen eine solche Absicht und meint, ob es nicht gerade ein großes Verdienst der französischen Armee gewesen sei, daß sie freiwillig immer auf die Politik verzichtet habe und nichts von Politik verstehen wolle. Er fordert Daladier ferner auf, auch mit seinem Ministerkollegen, dem die Jugenderziehung unterstehe, zu sprechen und ihn darauf aufmerksam zu machen, welch vergifteter Nachwuchs heute der Armee geliefert werde. (Die Forderung des Generals ist natürlich für die Regierung unerfüllbar, denn die Mehrheit der Regierung setzt sich zum überwiegenden Teil aus Marxisten zusammen. D. Schriftltg.)

Ehrenkomitee für Pariser Weltausstellung

× Berlin, 2. Februar. (Durch Funkspruch)

Um anläßlich der Internationalen Ausstellung in Paris die kulturellen Beziehungen zwischen den beteiligten deutschen und französischen Berufsgruppen zu fördern, hat sich unter dem Protektorat des französischen Botschafters François-Poncet in Berlin ein Ehrenkomitee gebildet, dessen Präsidium der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft, Professor Dr. v. Arnim, gemeinsam mit dem Präsidenten des Vereins der ausländischen Presse in Berlin, Laurel, dem Reichskommissar für die Internationale Ausstellung in Paris, Ministerialdirektor Ruppel, und Professor Dr. Grimm (Essen) übernommen hat. Der Sitz des Komitees befindet sich in Berlin W. 35, Hildebrandstraße 22.

Nationalgarde muß feuern

Frauen schleudern Gasbomben – Der Streik verschärft sich

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Flint, 2. Februar. (Durch United Preß).

Der Streik in der amerikanischen Automobilindustrie, der schon seit geraumer Zeit andauert und in dem alle Schlichtungsbemühungen bislang vergeblich gewesen sind, hat sich in den letzten achtundvierzig Stunden außerordentlich verschärft. Als gestern die Werksleitung sich entschloß, eine hiesige Chevroletfabrik der General-Motors-Werke von den sogenannten „Sitzstreikern" räumen zu lassen, die sie besetzt halten, bewaffneten sich diese „Sitzstreiker" mit Wurfgeschossen aller Art, von Türklinken bis zu bleigefüllten Stöcken, und es kam zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf die Nationalgarde sogar feuern mußte. Mehrere Streikende und Fabrikpolizisten wurden verletzt.

An einer andern Stelle versuchten die Streikenden ein weiteres Fabrikgebäude zu besetzen, wobei sich viele Frauen zu einer „Frauenbrigade" zusammentaten mit roten Mützen sowie roten Armbändern und Gasbomben in das Gebäude schleuderten. Dieser Angriff wurde zwar abgewehrt, aber am Abend gelang es den Streikenden doch, zwei weitere Chevroletfabriken im „Sitzstreik" zu besetzen. Daraufhin hat der Gouverneur eingegriffen und das Fabrikgelände absperren lassen, ohne bis jetzt einen Versuch zu machen, die Streikenden selbst zu entfernen.

Die General Motors erklärten nachdrücklich, daß die Mehrzahl der in ihren Werken beschäftigten Arbeiter den Streik nicht mehr billige und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit fordere. Die Bewegung „Zurück zur Arbeit" zähle jetzt, so wird von Unternehmerseite mitgeteilt, schon 123 724 Arbeiter, also die überwiegende Mehrheit von insgesamt 149 249 Arbeitern, die durch den Streik beschäftigungslos geworden sind. Inzwischen haben 10 000 Angestellte der General Motors, die keiner Gewerkschaft angeschlossen sind, eine Demonstration gegen den Streik angekündigt.

Während die Labourabgeordnete des englischen Unterhauses Miß Wilkinson in den bestreikten Werken Reden für den Streik hält, verzweifelt die amerikanische Arbeitsministerin Miß Perkins allmählich am Erfolg ihrer Schlichtungsbemühungen.

Der Automobilstreik hat jetzt auch auf New York übergegriffen. Streikposten besetzten das Verwaltungsgebäude der Federal Motor Cor., und Generaldirektor Sloan wurde mit drohenden Zurufen empfangen, als er gestern das Gebäude betrat.

Warum Radek der Hinrichtung entging

Eine Galgenfrist bis zum Prozeß gegen Bucharin und Rykow – Woroschilow gegen die Verhaftungen in der Generalität

• Warschau, 2. Februar

Nach den heute aus Moskau vorliegenden amtlichen Nachrichten wurden am Montag die im letzten Theaterprozeß zum Tode verurteilten 13 Angeklagten durch Maschinengewehre hingerichtet. (Vgl. den Bericht im größten Teil der gestrigen Ausgabe der D. N. N. — D. Schriftltg.) Die Erschossenen sind: Pjatakow, Serebrjakow, Muralow, Drobnis, Liwschitz, Boguslawski, Knjasew, Rataitschak, Norkin, Schestow, Turok, Puschin und Grasche. Nähere Einzelheiten über die Hinrichtung fehlen noch. In weitesten Kreisen herrscht immer noch starke Verwunderung darüber, daß Radek-Sobelsohn und Sokolnikow, der ehemalige Sowjetbotschafter in London, dem Tode entgingen und mit einer zehnjährigen Gefängnisstrafe davonkommen sollen. Es handelt sich dabei aber um keinen besondern Gnadenakt Stalins.

Radek und Sokolnikow haben nur eine Galgenfrist erhalten

und sollen nur für den im April stattfindenden Prozeß gegen den angeblichen „Dritten trotzkistischen Ring" aufgespart werden. In diesem Prozeß sollen beide neben Bucharin und Rykow auf der Anklagebank sitzen und in diesem Prozeß dürfte sie ihr Schicksal ereilen. Die Vorbereitungen für diesen neuen großen Prozeß sind bereits im vollen Gange. Infolge der Geständnisse im letzten Prozeß wurden bisher nicht weniger als rund hundert Personen, darunter alte und junge Bolschewiken, Ingenieure und andre, verhaftet. Gleichzeitig wurde eine große Reinigungsaktion in den Betrieben vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich außer Bjelobordow auch Uglanow. Uglanow stand früher Bucharin und Rykow, den Führern der sogenannten kommunistischen „Rechtsopposition" in der Sowjetunion, nahe. In der Sowjetpresse sind bereits Artikel erschienen, in denen für beide die Todesstrafe verlangt wird. Nach einer Meldung des „Krakauer Illustrierten Kuriers" soll in Leningrad der frühere Befehlshaber der Ostseeflotte, Sos, festgenommen sein. Andre polnische Blätter bringen bisher noch nicht bestätigte Nachrichten über

Zusammenstöße zwischen Kriegskommissar Woroschilow und der GPU.

Woroschilow soll sich angeblich aufs schärfste zu den von Stalin geplanten oder teilweise bereits durchgeführten Verhaftungen in der sowjetrussischen Generalität geäußert haben.

Auch Litwinow-Finkelstein verdächtigt

× Warschau, 2. Februar

Wie die Korrespondenz „ATE." meldet, soll die Frau des zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilten Sokolnikow auf die Solowki-Insel verschickt worden sein. Die gleiche Korrespondenz weist darauf hin, daß in Moskauer politischen Kreisen die beschleunigte Rückkehr Litwinow-Finkelsteins aus Genf mit der Möglichkeit der Verhaftung seiner Frau in Zusammenhang gebracht werde, die in engen Beziehungen zu Radek-Sobelsohn und Sokolnikow stand und deren Wohnung seit einiger Zeit ständig beobachtet wird. Andre Mitteilungen wollen wissen, daß in die Hände der GPU. Dokumente gelangt seien, die Litwinow-Finkelstein beschuldigen, mehrfach im Ausland Vertrauensleute Trotzkis empfangen zu haben.

Jubelnder Empfang für die „Emden" in Schanghai

× Schanghai, 2. Februar. (Durch Funkspruch.) (Ostasiendienst des DNB.)

Zu einem siebentägigen Aufenthalt traf am Dienstag die „Emden" von Nanking kommend, in Schanghai ein. In Woosung begrüßten die deutschen Professoren der Tungchi-Universität die deutsche Besatzung, während beim Morgengrauen in Point Island die Hitlerjugend durch ein großes Feuerwerk ihrer Freude über das Eintreffen des deutschen Kreuzers Ausdruck gab.

Die deutsche Kolonie in Schanghai ist begeistert, daß nach sechsjähriger Spanne ein Schiff der deutschen Kriegsmarine ihnen Grüße aus der Heimat bringt. Die chinesische Presse begrüßt ebenso herzlich den Kreuzer als Namensträger der alten „Emden", deren Kriegsruhm noch in ganz Ostasien lebendig ist. Gleichzeitig werden die Leistungen Deutschlands in den vier Jahren der nationalsozialistischen Regierung anerkennend gewürdigt.

Zweierlei Schicksal

Ein Kapitel zur sudetendeutschen Frage

Man wird, wenn man die Lage der Sudetendeutschen betrachtet, immer wieder an die Versprechungen erinnert, welche die tschechische Delegation in Versailles abgab, als selbst dort, in der Atmosphäre des Diktats, Bedenken gegen die Einbeziehung der sudetendeutschen Gebiete in den neu zu gründenden tschechoslowakischen Staat laut wurden. Was versprach man da nicht alles! Alle Aemter würden allen Staatsbürgern zugänglich sein, niemals würde einer Minderheit das Recht bestritten werden, eigene Schulen, eigene Richter und Gerichte zu haben, die Deutschen würden dieselben Rechte haben wie Tschechoslowaken, die deutsche Sprache würde die zweite Landessprache werden, niemals würde man sich einer Unterdrückungsmaßnahme gegen die deutsche Bevölkerung bedienen, das Regime würde — das war das große Vorbild, das man hinstellte — ähnlich sein dem in der Schweiz. Die Existenz des sogenannten „Mémoire III", in dem diese Zusagen niedergelegt wurden, ist von tschechischer Seite nie abgestritten worden, konnte auch nicht abgestritten werden, und im Prager Senat gab am 13. Mai 1921 der damalige Außenminister Benesch die ausdrückliche Erklärung ab, daß das Dokument echt sei. Das Schriftstück enthielt die Voraussetzungen, unter denen die Einbeziehung deutscher Volksteile in den neuen Staat schließlich beschlossen wurde. Diese Voraussetzungen müßten in einem demokratischen Staate unbedingte Geltung haben, auch wenn sie nicht durch Urkunden erhärtet und verbrieft wären. Was aber die Sudetendeutschen trotz allen diesen Versprechungen und Zusagen erwartete, war ein einziger Leidensweg, dessen letzte Stationen anscheinend noch lange nicht erreicht sind.

•

Die dreieinhalb Millionen Deutschen brachten, als der tschechoslowakische Staat errichtet wurde, ein großes und wertvolles Erbe mit: das auf dem Boden ihrer Heimat gewachsene Volkstum und den ganzen Reichtum ihrer Kultur und ihrer Wirtschaft. Es ist bekannt, daß der weitaus größte Teil der industriellen Produktion der österreichisch-ungarischen Monarchie auf sudetendeutsches Gebiet entfiel. Heute ist aus dem einst blühenden Industriegebiet ein Industriefriedhof geworden. Die Schornsteine rauchen nicht mehr, Arbeitslosigkeit und Hunger haben ein Ausmaß angenommen, wie es sonst in Westeuropa nicht wieder anzutreffen ist. In den sudetendeutschen, nicht in den tschechischen Gebietsteilen des neuen Staates. Das ist das Ausschlaggebende für die Beurteilung der Lage der Sudetendeutschen. Nicht die staats- und wirtschaftspolitischen Veränderungen des Jahres 1918, und auch nicht, wie man auf tschechischer Seite gern behauptet, mangelnde Anpassungsfähigkeit und Fehlinvestitionen der deutschen Industrie sind die Ursache für dieses Sterben der Wirtschaft, sondern allein die Maßnahmen und Unterlassungen des tschechoslowakischen Staates, der bewußt zweierlei Schicksal schuf, um den Tschechen zum Erben der Deutschen zu machen. Der tschechische Nationalstaat, der 1918 nicht vorhanden war, den es heute noch nicht gibt, und den es nie geben wird, sollte geschaffen werden durch rücksichtslose Benachteiligung, ja Vernichtung der Deutschen. Die tschechische Zeitschrift „Obrana narodna" kennzeichnete einmal das politische Ziel mit den Worten: „Das Grenzlerproblem ist die Hinausschiebung der heutigen Sprachgrenze bis an die tatsächlichen Landesgrenzen, ist die Erbauung eines starken, unüberwindlichen und verläßlichen Grenzgebietes, einer Festungslinie aus Menschen unsres Geschlechts und unsres Blutes." Also muß der Deutsche von seinem Arbeitsplatz verschwinden. Ganz offen wird in tschechischen Kreisen davon gesprochen, daß 200 000 Erwerbslose in der Tschechoslowakei nicht wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Nachdem achtzehn Jahre lang gegen die Deutschen ein ungehemmter Vernichtungskampf geführt worden ist, werden diese Zweihunderttausend Sudetendeutsche sein.

•

„200 000 Sudetendeutsche zuviel!" So hat Kurt Vorbach sein im Deutschen Volksverlag in München kürzlich erschienenes Buch genannt, in dem er an Hand der amtlichen Prager Statistik, also auf Grund einwandfreiestem Materials, die Wirtschaftslage der Sudetendeutschen darlegt. Das Bild, das sich auf den 384 Seiten dieses Buches ergibt, ist erschütternd. Was die Jahre tschechischer Herrschaft für die Sudetendeutschen bedeuteten, zeigt die Verlustbilanz der Industrie: Als im Jahre 1918 der tschechoslowakische Staat errichtet wurde, waren von den 10 718 damals vorhandenen Betrieben 80 v. H. deutsch und 20 v. H. tschechisch. Heute gibt es 11 159 Betriebe, von denen nur 40 v. H. noch deutsch und 60 v. H. tschechisch sind. 4111 Betriebe haben